



© Erika Grazilis/PIXELO

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die DPoIG wünscht allen Kolleginnen und Kollegen ein friedliches Weihnachtsfest und einen ruhigen Jahreswechsel. Unsere besonderen Wünsche gehen natürlich an alle, die an den Feiertagen nicht durchgängig im Kreise ihrer Familien sein können, sondern Dienst versehen müssen.

2019 war für die Landespolizei insgesamt, aber auch für die DPoIG im Besonderen, ein bewegtes Jahr.

Beim Verfassen dieses Jahresrückblicks und Weihnachtsgrußes ist es nur wenige Tage her, dass Kolleginnen und Kollegen im Lande sehr unmittelbar besondere Einsatzlagen zu bewältigen hatten, die sie im

Ergebnis in eine emotionale Akutlage brachten. Niemand weiß, was der nächste Einsatz bringt. Tausendmal ist nichts passiert, aber dann ist es die eine Situation, in der alles anders ist. Plötzlich und unerwartet entsteht dann im echten Leben die Lage, die man zwar hundertfach im Einsatztraining geübt hat, aber dieses Mal ist es real. Und plötzlich bricht die Welt zusammen. Das polizeiliche Gegenüber ist tot.

Man steht im Fokus. Es läuft ein Ermittlungsverfahren. Man weiß, dass man richtig gehandelt hat und trotzdem ist von einer Sekunde zur nächsten nichts mehr, wie es war. Da ist es gut, wenn das dienstliche Umfeld gut funktioniert. Wenn die Kollegen zu einem halten. Wenn Vorgesetzte die richtigen Weichen stellen. Wenn Hilfsangebote gemacht werden. Wenn Gewerkschaften ihre Hilfe anbieten. Jeder von uns hofft, niemals in diese Situation zu kommen und doch weiß jede und jeder, es kann passieren. Jeden Moment, unvorhersehbar.

In dieser Situation will ich ein belastetes Wort bemühen. Es ist gut, dass wir in solchen Situationen einen Korpsgeist haben, dass wir zusammenhalten. Nicht im Sinne von Falschaussagen oder des Verschweigens, sondern im Sinne von gegenseitigem Verständnis. Wir alle haben einen besonderen Job, der uns auch an die Grenzen des Aushaltbaren führen kann. Allen an derartigen Einsatzsituationen Beteiligten wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten den Rücken stärken, unsere DPoIG-Stiftung sei da besonders genannt. Dort können Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit, unentgeltlich ein paar Tage entspannen, den Kopf frei bekommen, mal zu Hause rauskommen. Manchmal nach einem belastenden Einsatz Gold wert. Wendet Euch an uns.

Natürlich hatte auch der Einsatzkalender 2019 wieder eine Menge zu bieten und brachte uns mehr als einmal an die Grenze des Machbaren. Neben den geplanten Veranstaltungen, zum Beispiel Tag der Deutschen Einheit, kam eine zunehmend protestfreudige Klimabewegung hinzu, aber auch die Situation in Nordsyrien führte auch hier zu Protesten und Demonstrationen mit hoher Emotionalität, die uns als Polizei forderten. Mehr als einmal war zu konstatieren, dass eine zweite Hundert-

schaft jetzt schon sinnvoll gewesen wäre.

Für die DPoIG ist es Ehrensache, sich nicht nur auf Negativmeldungen zu stürzen, sondern ausgewogen zu berichten. Es ist viel passiert. Die zugesagten Mehreinstellungen wurden und werden realisiert, die Entlastungsfaktoren an der Basis sind hingegen noch überschaubar. Das liegt an vielen Gründen, die abzustellen sind. Das zusätzliche Personal muss auf die Wachen vor Ort.

Auch in der Sachausstattung der Polizei ist zu konstatieren, dass eine Menge Geld investiert wurde. Die Polizei hat von Steuerermehreinnahmen profitiert. Lange läuft nicht alles rund, aber man bemüht sich.

Aber es gab auch herbe Enttäuschungen, zum Beispiel beim Thema Weihnachtsgeld. Da gab sich die Landesregierung unnachgiebig. Von den Versprechungen bei Abschaffung/Reduzierung der Sonderzuwendungen infolge einer Haushaltsnotlage wollte die jetzige Landesregierung nichts hören. Wir hoffen, dass in Verhandlungen doch noch bessere Ergebnisse erzielt werden können.

Aber es gibt auch Themenfelder, in denen noch Antworten zu liefern sind. Die Ausstattung der Landespolizei mit ausreichend Fahrzeugen ist solch ein Thema, aber auch Verbesse-

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705
E-Mail:
sven-erik.haase@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061
Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841



rungen im Bereich der Beförderungen.

Und schlussendlich war 2019 auch für die DPoIG ein besonderes Jahr. Zunächst waren da die Personalratswahlen, die für uns mit guten Ergebnissen endeten. Später durften wir erfahren, dass wir als DPoIG da schon unter einer besonderen Beobachtung standen. Die Präsenz der DPoIG in den Medien und die sehr kritischen Äußerungen zu manchen Themen führten offenbar zu großer Besorgnis in der Führung. Darüber werden wir zu gegebener Zeit mal etwas intensiver be-

richten. Ende August 2019 kam es bekanntermaßen zu einem Paukenschlag, nämlich der Durchsuchung unserer Geschäftsstelle sowie der Privatwohnung und dem Arbeitsplatz unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Nommensen.

Dieses Ermittlungsverfahren ist eine Farce, ein schlechter Scherz und nichts anderes als eine Retourkutsche für heftige Kritik an der Führung. Die Durchsuchung der Geschäftsstelle ist zwischenzeitlich als rechtswidrig bewertet worden, eine Entscheidung über die He-

rausgabe der beschlagnahmten Daten steht derzeit noch aus.

Unzulässig beschlagnahmte Dokumente mit Bezug zum „Parlamentarischen Untersuchungsausschuss“ wurden zurückgegeben und bezüglich der Durchsuchung bei Thomas Nommensen werden wir eine Verfassungsbeschwerde einlegen.

Ich bin mir sehr sicher, dass die Vorwürfe, die gegen Thomas Nommensen konstruiert wurden, unzutreffend sind und am Ende bei dem Verfahren nichts herauskommt. Ich bin mir auch

sehr sicher, dass der mutmaßlich beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden wird. Die DPoIG wird sich als freie und unabhängige Gewerkschaft nicht gängeln und schon gar nicht einschüchtern lassen.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwarten wir auch 2020 ein spannendes Jahr.

Nun wollen wir uns der besinnlichen Jahreszeit widmen und wünschen Euch allen eine schöne Weihnachtszeit.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Bundesseniorenkonferenz 2019

Zum jährlichen Treffen der Seniorenvertreter der Länder und des Bundes gab es auch in diesem Jahr wieder einen regen Austausch. Als Gast hielt der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Dr. Horst-Günther Klitzing, einen Vortrag über die Arbeit der dbb bundesseniorenvertretung.

Kernthemen sind zurzeit die Pflege, die Gesundheitsvorsorge, Wohnen im Alter und Mobilität im Alter.

Es gibt doch etliche Kolleginnen und Kollegen, die sich von den Versorgungsbezügen, insbesondere in den Großstädten, ihre Wohnungen nicht mehr leisten können und aufs Land ziehen müssen.

Hier stellt sich dann heraus, dass sie dort „abgehängt“ sind.

Die Gründe sind oft fehlende Versorgung und Mobilität. Er verwies auf das Grundgesetz, das gleiche Lebensbedingungen garantieren soll.

Sind im Alter Umbauten in der Wohnung notwendig, gibt es bei den berechtigten Zuschüssen große Probleme, weil die Anträge zu kompliziert und umfangreich sind. Außerdem fehlt für das zeitgerechte Umsetzen das Personal.

Das Erschreckende dabei ist, wie wenig Politik und Verwaltung in die Zukunft planen. Es gibt Debatten über Debatten aber keine Entscheidungen. Darüber hinaus erstickt vieles im Kompetenzgerangel.

Natürlich durfte unser Bundesvorsitzender Rainer Wendt nicht fehlen. Er wusste zu berichten, dass neben Bayern und Nordrhein-Westfalen nun auch Sachsen die Polizeizulage ruhegehaltsfähig gemacht hat. Bei der Bundespolizei sieht man sich auf einem guten Weg.

In Bayern hat man aus der Polizeizulage eine Stellenzulage gemacht. Damit wurde sie nicht nur ruhegehaltsfähig, sondern ist auch dynamisierend. Die Suche nach geeignetem Personal in Bund und Ländern führt zu einem harten Konkurrenzkampf, wobei sich das unterschiedliche Gehaltsgefüge durchaus bemerkbar

macht und viele Länder das Nachsehen haben.

Selbst der Zoll nimmt ziemlich viel ausgebildete Kolleginnen und Kollegen von den Ländern.

Erschreckend ist auch die hohe Ausfallquote während der Ausbildung. Die Berliner Polizei hat zusätzliche Deutschlehrer für die Nachhilfe eingestellt.

Bedenken hat er auch, weil zunehmend das „Hamburger Modell“ der Beihilfe (Auswahl zwischen Beihilfe/Heilfürsorge und gesetzlicher Krankenkasse) zur Sprache kommt. In den linksregierten Ländern wächst auch das Begehren, Pensionen nicht mehr aus dem letzten Amt, sondern nach Lebensleistung zu bezahlen.

Letzteres wäre bei uns fatal, weil die unterschiedlichen Beförderungsbedingungen in den Jahrgängen sich dann bis zum Tode auswirken würden.

Thema in der bundesseniorenvertretung waren auch die Pensionärsausweise. In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und dem Saarland gibt es auf Drängen der DPoIG bereits Ausweise im Scheckkartenformat. Ausgestellt von den Polizeibehörden.

Ein vernünftiger Ausweis ist für mich auch eine Frage der Wertschätzung. Bisher bin ich gescheitert, werde aber am Ball bleiben.

Weitere Themen waren die Wiederherstellung der Ausgleichszahlung beim Vollzugsdienst mit besonderer Altersgrenze und die Einführung eines steuerlichen Freibetrags über die bisherigen 2 400 Euro hinaus bei ehrenamtlicher Tätigkeit.

*Ernst Meißner,
Landesseniorenbeauftragter*

Gemeinsam mehr für die Polizei erreichen

Der Vorsitzende unserer JUNGEN POLIZEI Schleswig-Holstein, Michael Franke, und sein Stellvertreter, Jonathan Roß, trafen sich am Vormittag des 30. Oktober beim Jugendpolitischen Frühstück des dbb in Kiel mit den Landtagsabgeordneten Ole-Christopher Plambeck (CDU), Stefan Weber (SPD) und Dennys Bornhöft (FDP), um mit ihnen über die Themen zu reden, die Euch bewegen.

Dabei ging es unter anderem um die Streichung der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge. Es ist einfach eine Tatsache,



> Stefan Weber (SPD), Dennys Bornhöft (FDP), Jonathan Roß, Michael Franke, Ole-Christopher Plambeck (CDU) (von links)

dass auch unsere Gesundheit die Sicherheit der Menschen in unserem Bundesland garantiert und daran sollten die Koalitionäre in Kiel nicht sparen. Wenn man zudem bedenkt, dass der Eigenanteil an

der Heilfürsorge vor einigen Jahren auch eine Antwort auf die inzwischen längst wieder abgeschaffte Praxisgebühr für gesetzlich versicherte Menschen gewesen ist, sind die 1,4 Prozent monatlich schon

aus Gründen der Gerechtigkeit inzwischen als völlig obsolet anzusehen.

Zudem ging es um die Unterschiede bei der Bewährungszeit nach dem Studium in Altenholz. Die JUNGE POLIZEI fordert in diesem Punkt klar und deutlich, dass unsere Aufsteiger den Direkteinsteigern zukünftig gleichgestellt werden, was die Bewährungszeit betrifft.

*Michael Franke,
Vorsitzender JUNGE POLIZEI
Schleswig-Holstein*

> Exklusiver Abend der BBBank in Kiel

Es war wieder soweit, unser Partner, die BBBank, lud zum exklusiven Abend in Kiel ein.

Dieser Einladung folgend nahmen neben dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der DPoIG SH, Frank Hesse, auch die JUNGE POLIZEI, hier die Vorstandsmitglieder Michael Franke, Jonathan Ross und Annabel Schrödter, teil.

In angenehmer Atmosphäre in der Halle 400 in Kiel wurden wir zunächst durch die BB-Bank begrüßt.

In einem kurzen Vortrag von Oliver Lüsich (Mitglied des Vorstandes der BBBank) wurde das Veränderungspotenzial, welches mit der Digitalisierung einhergeht, aufgezeigt. Auch hob Oliver Lüsich hervor, wie die Bildung als höchstes Gut attraktiver gestaltet werden kann. Unter anderem betonten neben Oliver Lüsich auch der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, in seiner Rede, wie wichtig die Bildung in Zukunft auch für den öffentlichen Dienst ist. Anschließend entwickelten sich bei Speis und Trank viele interessante Gespräche. Ideen und Information wurden mit den zahlreichen Fachgewerkschaften und deren Jugendorganisation aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes ausgetauscht.

Alles in allem war es ein interessantes Erlebnis und ein toller Abend.

Wir freuen uns schon auf das nächste Mal.

Liebe Grüße, Annabel Schrödter, Vorstand der JUNGEN POLIZEI SH



Exklusiver Abend für den öffentlichen Dienst

Infoveranstaltung der BBBank in Kiel, Halle 400

Auf Einladung der BBBank nahmen am 13. November 2019 Vertreter der DPoIG Schleswig-Holstein an einer Infoveranstaltung in Kiel teil.

Unter dem Titel „Bildung in Deutschland – Der öffentliche Dienst schafft Zukunft“ ging es an diesem Abend weniger um eine Präsentation der Bank und ihrer Leistungen, sondern vielmehr darum, den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein einmal zu beleuchten. So waren in den Reihen der Besucher auch diverse Vertreter der Gewerkschaften, insbesondere der Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes, zahlreich erschienen. Immerhin war als prominenter Gastredner niemand geringerer angekündigt als unser Ministerpräsident Daniel Günther. Als er die Bühne betrat und sich ans Rednerpult

begab, war die Spannung in den Zuschauerreihen zu spüren. Es war klar, dass man auf eine Aussage zum Thema Weihnachtsgeld für die Beamten in Schleswig-Holstein wartete. Denn immerhin hat sich die Landesregierung trotz diverser Aktionen und Demonstrationen bisher hartnäckig geweigert, auf die berechtigten Forderungen einzugehen. Das großmundig angekündigte Besoldungsstrukturpaket mit einer Gesamterhöhung der Bezüge um ein Prozent, verteilt auf vier Jahre, führte ja keineswegs zu Begeisterungstürmen, obwohl es vonseiten der Regierung als „ganz großer Schlag“ vorgestellt wurde.

Die Reaktionen aus allen Bereichen der schleswig-holsteinischen Beamtschaft reichten von „Enttäuschung“ über „völliges Unverständnis“ bis



hin zu „völliger Motivationsverlust“. Ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlt sich von der Politik einfach nur verschaukelt. Schließlich hat die Gruppe der Beamten seit dem Streichen beziehungsweise extremen Einkürzen der sogenannten Sonderzahlung im Jahre 2007 mit insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro zur Konsolidierung des Landeshaushalts beigetragen. Jeden Beamten kostete das mittlerweile zwischen 15 000 und 25 000 Euro. Von dem Versprechen auf Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes bei besserer Haushaltslage will heute niemand mehr etwas

wissen. Und das, obwohl die Steuereinnahmen so stark wie nie zuvor sprudeln.

Der Ministerpräsident äußerte in seiner Rede mit vielen Worten sein Verständnis für die Forderungen der Beamten, schließlich leisteten sie einen unverzichtbaren Dienst für das Land Schleswig-Holstein und sorgten dadurch dafür, dass der Staat funktioniert.

Man wolle die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern, um auch zukünftig die besten Köpfe für den Dienst in Schleswig-Holstein begeistern zu können. In An-

betracht der vielen weiteren Landesaufgaben und prognostizierten Anzeichen auf zukünftig schrumpfende Einnahmen sehe man aber zurzeit keine Chance für weitere Verbesserungen.

Gleichzeitig sei man aber weiterhin gesprächsbereit, insbesondere zu dem Vorschlag des Deutschen Beamtenbundes, „1 000 Euro für alle“, um zumindest einen durchaus finanzierbaren Einstieg in die Wiederaufnahme der Sonderzahlungen zu finden, solle es weitere Gespräche geben. Als Fazit lässt sich feststellen, dass wieder einmal viele nette Worte

gefunden wurden. Der Wille, ernsthafte und spürbare Verbesserungen für die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein anzugehen, ist aber weiterhin nicht zu spüren.

Mithilfe des dbb und den dbb Mitgliedsgewerkschaften wird sich die DPoIG auch weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass unsere Forderungen nicht verhallen. Es bleibt also auch im Jahr 2020 noch viel zu tun!

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Fahrzeuge in der Landespolizei Schleswig-Holstein

Die ersten jungen Kollegen(inn)en des 500er-Paketes sind fertig ausgebildet und verstärken die Landespolizei. Jetzt wurde es offiziell, dass die Landespolizei auch bei der Fahrzeugausstattung reagiert. Der Pool der Dienstfahrzeuge wird erhöht, was durch das Plus an Planstellen auch dringend geboten ist. Leider war bisher keine Meldung aus dem Finanzministerium zu vernehmen, dass für die Fahrzeugbeschaffung auch mehr Geld in den Polizeihauhalt gesteckt wird.

Stellt sich die Frage, wie man mit dem gleichen Budget mehr Fahrzeuge beschaffen kann. Leidet am Ende vielleicht die Qualität? Wir als DPoIG werden die Entwicklung genau beobachten. Eine Verringerung der Qualität des Hauptarbeitsplatzes der meisten Kolleg(inn)en ist nicht hinnehmbar. Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung es gehen wird. Da eine Hauptforderung der DPoIG – die Bildung einer zweiten Einsatzhundertschaft – auch nach der Hälfte der Legislaturperiode

durch die Landesregierung noch nicht in Angriff genommen wurde, ist mit einer Entlastung des polizeilichen Einzeldienstes bei größeren Einsatzlagen erst einmal nicht zu rechnen. Gerade deshalb müssen wir unsere Forderung nach geeigneten Fahrzeugen für die Nordlichtkräfte mit Nachdruck wiederholen. Sämtliche stehenden Einsatzhundertschaften sind mit Fahrzeugen der „Sprinterklasse“ ausgestattet. Das hat auch seinen Grund! Ist doch das Fahrzeug Aufenthaltsort in vielen langen Einsätzen. Wartezeiten müssen häufig aufgrund der Lage oder auch der Witterungsbedingungen in den Fahrzeugen verbracht werden. Die Hundertschaften des Einzeldienstes verbringen diese Zeit mit fünf Personen inklusive Ausrüstung und Verpflegung in Mercedes Vitos, die in keiner Weise den Ansprüchen genügen. Ausrüstung muss bei jeder Witterung im Freien angelegt werden, teilweise in Bereithalteräumen, die auch von Außenstehenden eingesehen werden können.

■ Eine echte Zumutung!

Auch wenn sich die Beschaffung solcher Fahrzeuge schwierig gestaltet, könnte eine minimale Anforderung an die Sicherheit der Kollegen längst umgesetzt werden. Eine zweite Schiebetür als Fluchtmöglichkeit bei Unfall oder Angriff auf das Fahrzeug sind ein absolutes Minimum, welches umgehend umgesetzt werden kann und schon länger hätte umgesetzt werden müssen! Auch hier werden wir als DPoIG dranbleiben, um die Lage für unsere Einsatzkräfte zu verbessern. Wer von Einsatzkräften gleiches verlangt, muss auch für gleiche Voraussetzungen sorgen!

Auch die Fahrzeuggröße im Verhältnis zur transportierten Ausrüstung ist immer wieder ein Thema. Die Anzahl der Ausrüstungsgegenstände in den Streifenwagen steigt berechtigt an, sorgt sie doch für den Schutz und die Sicherheit der Kollegen. Auch wenn Ausrüstungsgegenstände kompakter

werden, bleibt in den Pkw-Modellen VW Passat und Mercedes E-Klasse aufgrund von Veränderungen seitens der Hersteller immer weniger Stauraum übrig. Auch ein gut gemeintes Auszugssystem, welches genau nach Plan gepackt werden muss, ist im vielfach hektischen Einsatzgeschehen keine dauerhafte Lösung. Hier wird es höchste Zeit, dass man sich im Bereich der Fahrzeugbeschaffung über neue Lösungsmöglichkeiten Gedanken macht. Vielleicht ist es an der Zeit, auch mal über unkonventionelle Möglichkeiten nachzudenken. Vielleicht ein speziell konzipiertes Polizeieinsatzfahrzeug? Oder vielleicht eine PickUp-Lösung mit mehrfach verwendbarem Kasten Aufbau und ausreichend Platz für die Ausrüstung? Es gibt hier mit Sicherheit viele kreative Ideen, um Lösungen für das Platzproblem zu finden. Auch wenn Weihnachten vor der Tür steht, handelt es sich hier nicht um fromme Wünsche, sondern um ganz klare Forderungen der DPoIG Schleswig-Holstein zur Verbesserung der Fahrzeugausstattung für die Kolleg(inn)en der Landespolizei!

*Sven-Erik Haase,
stellvertretender Schriftführer*